

### **Georgische Gewerkschaften in der Krisenzeit**

Georgische Gewerkschaften in der Krisenzeit - so hat der Präsident des georgischen Gewerkschaftsbundes die Arbeit unter der letzten Regierung bezeichnet.<sup>1</sup> Als „Versuchslabor des Neoliberalismus“<sup>2</sup> machte Georgien damals dadurch auf sich aufmerksam, dass das Land das „schlechteste Arbeitsgesetzbuch der Welt“<sup>3</sup> hatte und gleichzeitig den elften Platz, weit vorne von Ländern wie Japan und Deutschland, im Ranking *Doing Business*<sup>4</sup> belegte.

Die neoliberale Richtung der Wirtschaftspolitik hat sich in Georgien in den Jahren seit der „Rosenrevolution 2003“ durchgesetzt. Durch die Vernachlässigung öffentlicher Güter wie Bildung und Gesundheit wurde eine Wirtschaftspolitik durchgeführt, die der Staat auf allen Ebenen überflüssig fand. Der Druck auf Gewerkschaften hat enorm zugenommen. Es wurde immer mehr gewerkschaftsfeindliche Diskriminierungen registriert wie beispielsweise Entlassungen von Arbeitnehmern aufgrund der Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft.

Seitdem die neoliberale Wirtschaftspolitik mit dem Ziel, „Singapur des Kaukasus“<sup>5</sup> zu werden, durch den Machtwechsel im Land gescheitert ist, erbt Georgien die Folgen dieser Politik. Die wegen staatlicher Einflussnahme fast vor dem Aus stehenden Gewerkschaften können inzwischen frei

---

<sup>1</sup> Blogeintrag der Vorsitzende des Gewerkschaftsbunds GTUC Irakli Petriashvili auf der Gewerkschaftswebseite ([www.gtuc.ge](http://www.gtuc.ge)) von 29.03.2013.

<sup>2</sup> Georgien sei zum Versuchslaboratorium neoliberaler Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik gemacht worden, so *Michael Sommer*, der ehemalige Bundesvorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes bei dem Welttag für menschenwürdige Arbeit am 7. Oktober, in Berlin. <http://www.dgb.de/themen/++co++c7d52c98-120c-11e2-a786-00188b4dc422> (17.03.2015).

<sup>3</sup> „Georgien verabschiedete im Jahr 2006 ein neues Arbeitsgesetz, das als eines der arbeitnehmerfeindlichsten Gesetze der Welt gilt“ - *Jobelius, Matthias*, Wirtschaftsliberalismus in Georgien, Friedrich-Ebert-Stiftung November 2010, S. 5.

<sup>4</sup> Doing Business Report 2011. abrufbar auf der Webseite [www.doingbusiness.org/reports](http://www.doingbusiness.org/reports)

<sup>5</sup> *Jobelius, Matthias*, Wirtschaftsliberalismus in Georgien, Friedrich-Ebert-Stiftung November 2010, S. 4.

arbeiten<sup>6</sup>, aber alte Probleme bleiben dennoch bestehen. Obwohl die neue Regierung mit dem Ziel einer sozial orientierteren Politik angetreten ist, bleibt der Staat immer noch ein schwacher Vermittler im Konflikt zwischen wirtschaftlichen Interessen und arbeitsrechtlichen Forderungen.

### **Gewerkschaften in der Übersicht**

Unter den gesellschaftlichen Akteuren in der Gewerkschaftspolitik ist am stärksten der "Bund der Georgischen Gewerkschaften" (GTUC) mit 22 fachlich und regional gegliederten Mitgliedsverbänden und mit ca. 220.000 Mitgliedern vertreten und stellt die größte Gewerkschaft in Georgien dar. Die 1998 gegründete Gewerkschaft ist Mitglied des Internationalen Gewerkschaftsbundes (ITUC) und des Europäischen Gewerkschaftsbundes (ETUC) und führt mehrere Projekte mit Hilfe internationaler Sponsoren wie z.B. der Friedrich-Ebert-Stiftung oder dem Holländischen Gewerkschaftsbund durch. Die Organisation setzt sich intensiv mit der Analyse des georgischen Arbeitsmarktes auseinander, insbesondere beschäftigt sie sich mit der Einhaltung der erforderlichen Sicherheitsvorkehrungen am Arbeitsplatz. Die Gewerkschaft initiiert Gesetzentwürfe, bietet den Arbeitnehmern kostenlose juristische Beratung an und vertritt sie vor Gericht. Außerdem analysiert sie die sozialwirtschaftlichen Herausforderungen des Landes, verhandelt über die Verträge ihrer Mitglieder und repräsentiert unter ihrem Dach vertretene, kleine Gewerkschaften auf der internationalen Ebene.

### **Bildungswesen:**

Die unabhängige georgische Bildungsgewerkschaft der PädagogInnen und WissenschaftlerInnen (Educators and Scientist Free Trade Union of Georgia) ESFTUG mit ihren 103.000 Mitgliedern ist die stärkste Bildungsgewerkschaft in Georgien und dabei eine Organisation mit einem sehr hohem weiblichen Mitgliedschaftsanteil. Sie schützt die Rechte der Lehrer und tritt als Vermittler im Entlassungsfall zwischen der Schule und Lehrer ein. Sie ist Mitglied der Bildungsinternationale und ihrer europäischen Regionalorganisation (ETUCE).

International bekannt wurde die Gewerkschaft in Mitte März 2010 durch die Wahlen und Prozess gegen die Organisation und ihre Vorsitzende Maia Kobakhidze. Bei den Wahlen der ESFTUG wurde vom Bildungsministerium innerhalb der Gewerkschaft eine Delegierte unterstützt, um die Wiederwahl der regierungskritischen Vorsitzende zu vermeiden.<sup>7</sup> Der Wahlsieg der regierungstreuen Kandidatin wurde durch den Druck der internationalen Organisationen ermöglicht, die bei den Wahlen anwesend waren. Nach der Wahl von Maia Kobakhidze sagte die Regierung jede Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft ab. Die Gewerkschaft wurde mit Gerichtsprozessen

---

<sup>6</sup> [http://www.ei-ie.org/en/news/news\\_details/3310](http://www.ei-ie.org/en/news/news_details/3310) (15.03.2015).

<sup>7</sup> [http://www.gew.de/Gewerkschaftskongress\\_in\\_Georgien.html](http://www.gew.de/Gewerkschaftskongress_in_Georgien.html) (15.03.2015)

überzogen und die demokratisch gewählte Präsidentin nicht anerkannt. Nach siebzehnmonatigen Verhandlungsverfahren vor dem Gericht wurde die Wahl von Maia Kobakhidze für legitim erklärt. Die ESFTUG wurde quasi finanziell ausgetrocknet, indem die Regierung die Schulen angewiesen hat, Mitgliederbeiträge an die Gewerkschaft nicht zu tätigen. Durch diese finanzielle Blockade, manipulierte Mitgliederaustritte und der Drohung, Gewerkschaftsmitglieder zu entlassen, wurde die Unterdrückung der Gewerkschaft fortgesetzt. Als Folge dieser Einschüchterungspolitik gingen insgesamt 10.000 Mitglieder der Gewerkschaft verloren.

Seit dem Regierungswechsel 2012 wurden die Bedingungen für gewerkschaftliche Arbeit in Georgien verändert.<sup>8</sup> Die Mitgliederrate der Bildungsgewerkschaft stieg an. Die Arbeit der Organisation zeichnet sich nach dem Machtwechsel durch eine enge Zusammenarbeit mit dem Bildungsministerium aus. Fälle von Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Gewerkschaft haben sich reduziert. Die Anwesenheit der neuen Bildungsministerin bei den Neuwahlen unterstrich diese gegenseitige Anerkennung. Die Organisation arbeitet inzwischen frei und engagiert sich für die Weiterbildung der Lehrkräfte und Berücksichtigung der Sprachen ethnischer Minderheiten im Schulprogramm.

#### **Eisenbahn:**

Nach dem Scheitern der Privatisierungspläne befindet sich die georgische Eisenbahn noch in staatlichem Besitz. Gleichzeitig ist sie die einzige Organisation, in der zwei Gewerkschaften um die Macht kämpfen. Der freien Eisenbahnergewerkschaft wurde vorgeworfen, ein freundschaftliches Verhältnis zu der Geschäftsführung zu pflegen und sich wenig für die Arbeitnehmerrechte zu agieren. Nachdem die Gewerkschaft vom "Bund der Georgischen Gewerkschaften" (GTUC) mit dem Vorwurf, eine gelbe Gewerkschaft zu sein, aus ihrer Mitgliedschaft geschasst wurde, gründete die GTUC im Jahre 2013 eine „neue Eisenbahnergewerkschaft“. Zum Präsident wurde der wegen seiner Gewerkschaftsmitgliedschaft entlassene Vitali Giorgadze gewählt. Die neu gegründete Gewerkschaft kündigte im November 2013 Streiks an und machte rechtswidrige Praktiken in der georgischen Eisenbahn, unter anderem Überstunden ohne Vergütung, publik. Es wurde mehr Transparenz bei der Vergabe von Prämien und nach Qualifikation entsprechende Lohnzusätze gefordert. Die alte Eisenbahnergewerkschaft distanzierte sich vom Streik. Nach dem Streik wurden Fälle von Entlassungen aufgrund durchgeführter Streiks durch die Geschäftsleitung der georgischen Staatseisenbahn registriert, darunter mehrere Gründer der neuen Gewerkschaft und ihrer Vorstandsmitglieder. Sie wurden unter Druck gesetzt, um ihre Gewerkschaftsarbeit aufzugeben. Die

---

<sup>8</sup> Das Handlungsprogramm der „Bund der Georgischen Gewerkschaften" (GTUC) für die Jahre 2013-2017 spricht über die Erforderlichkeit der Anpassung an die neue Realität, die durch den Machtwechsel einer neuen sozial-wirtschaftlichen Politik und einem besseren Schutz der Menschenrechte die Tür geöffnet hat.

Eisenbahner, die nicht gestreikt hatten, erhielten hingegen ein 13. Monatsgehalt. Die 6.000 Gewerkschaftsmitglieder unter den Beschäftigten bekamen aber die im Jahreshaushalt vorgesehenen Zulagen und 13. Monatsgehälter nicht ausgezahlt. Somit wurde ein gewerkschaftsfeindliches Klima in der georgischen Eisenbahn salonfähig. Die neue Eisenbahnergewerkschaft droht weiterhin mit neuen Streiks und kämpft gegen prekäre Arbeitsbedingungen in der Eisenbahn. Mittlerweile vernetzt sich die Gewerkschaft international und ist Mitglied der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF).

### **Metallindustrie:**

Die Gewerkschaft für Bergbau, Metallurgie und Chemie (Metallurgy, Mining and Chemical Industry Workers' Union (TUMMCIWG) ist eine Dachgewerkschaft für Minenarbeiter, Bergleute und die im Chemiebereich Beschäftigten. Sie gilt als älteste Gewerkschaft Georgiens, die sich um die im 19. Jahrhundert betriebene Mine in Tschiatura bildete und einst als reichste Manganerzmine der Welt und wichtigster Manganlieferant Deutschlands galt.<sup>9</sup> Heute ist die Organisation eine Dachgewerkschaft für 13 Gewerkschaften mit insgesamt 5.970 Mitgliedern. Sie gehört dem "Bund der Georgischen Gewerkschaften" (GTUC) an und ist Mitglied der Internationalen Föderation von Chemie-, Energie-, Bergbau- und Fabrikarbeiterverbänden - ICEM.

Die Arbeits- und Sicherheitsbedingungen sind für die Minenarbeiter sehr schlecht und haben in den letzten drei Jahren den Tod oder die Erwerbsunfähigkeit von mehreren Arbeitern verursacht. Im März 2014 sind alle 3500 Arbeiter der „Georgian Manganese Holding“ in den Streik getreten, um bessere Gesundheits- und Sicherheitsbedingungen durchzusetzen. Die Geschäftsleitung des Bergwerkunternehmens weigert sich in manchen Fällen Entschädigungen und Beerdigungskosten der Familien der Verstorbenen zu zahlen, da die Schuld an den Unfällen den Opfern zugewiesen wird. Obwohl gegen schlechte Sicherheitsbedingungen und mehrere Todesfälle protestiert wurden, gelten die Gewerkschaften in der Metallindustrie als schwach. Der Bund der georgischen Gewerkschaften versucht eine echte Gewerkschaft in Minenstädten zu gründen, organisiert Streiks, aber bis jetzt mit wenig Erfolg. Die Beschäftigten sind oft gezwungen, sich von der Gewerkschaft zu distanzieren. Es werden gelbe Gewerkschaften gegründet, um die unabhängigen Gewerkschaften zu schwächen.

### **Problembereiche**

Wegen der neoliberalen Wirtschaftspolitik wurden Gewerkschaften bei den arbeitsrechtlichen Themen in den letzten Jahren nicht berücksichtigt. Als Folge dieser Politik verabschiedete das georgische Parlament im Jahr 2006 das neue Arbeitsgesetz, nach dessen Artikel 37 der Arbeitsgeber

---

<sup>9</sup> <http://dingler.culture.hu-berlin.de/article/pi342/ar342054> (15.03.2015).

aus beliebigen Gründen den Arbeitnehmer ohne eine Kündigungsfrist entlassen darf und dabei zur Kompensation lediglich einen Monatslohn zahlen muss. Obwohl seit dem Regierungswechsel 2012 die Gewerkschaften wieder als anerkannte Partner für den sozialen Dialog zwischen Regierung und Arbeitnehmern gelten,<sup>10</sup> ist das Arbeitsgesetzbuch von internationalen Standards weit entfernt und steht ganz oben auf der Tagesordnung der georgischen Gewerkschaften.

### **Arbeitsgesetzbuch**

Das ultraliberale Arbeitsgesetz von 2006 wurde im Jahre 2013 reformiert. Trotz erheblicher Verbesserungen war die vollständige Umsetzung der von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und EU-Kommission mehrfach geforderten internationalen Standards<sup>11</sup> nicht möglich. Der Einfluss der Gewerkschaften bei der Durchsetzung des Arbeitsgesetzbuchs war gering. Trotzdem wurden Garantien für gewerkschaftliche Arbeit geschaffen und das Verbot der Gewerkschaftsfeindlichkeit, Diskriminierung von Arbeitnehmern wegen ihrer Mitgliedschaft in Gewerkschaften in das Arbeitsgesetzbuch aufgenommen.

Im Jahre 2014 wurde mit der Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung eine Studie über die Rechte der Arbeitnehmer vom "Bund der Georgischen Gewerkschaften" (GTUC) durchgeführt, die auf eine Analyse der arbeitsrechtlichen Vorschriften, sowie deren Umsetzung in der Praxis zielte. Es sollte erforscht werden, inwieweit im neuen Arbeitsgesetzbuch verankerte Schutzgarantien in den konkreten Fällen angewendet wurden. Es wurde festgestellt, dass der Großteil der Arbeitsverträge kurzfristig ausgestellt war. Für die Überstunden, die die Arbeitnehmer im privaten Sektor geleistet haben, bekamen 37,2% der Befragten kein zusätzliches Geld. 39,5% der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst gaben an, für Überstunden keinen extra Lohn erhalten zu haben.

Die Fälle, in denen die Beschäftigten ohne vorherige Abmahnung entlassen wurden, betrug im nichtstaatlichen Bereich 52,5%. Im öffentlichen Dienst belief sich diese Zahl auf 33,3%. Die Kompensation wurde nach der Entlassung im privaten Sektor für 72,0% der Befragten und im öffentlichen Dienst bei 28% der Beschäftigten nicht ausgezahlt. Außerdem beklagten 20,3% der befragten Arbeitnehmer, dass auf sie von ihrem Arbeitgeber wegen einer Gewerkschaftsmitgliedschaft oder Forderung zur Einhaltung der Arbeitnehmerrechte Druck ausgeübt wurde.<sup>12</sup> Die mangelnde Umsetzung der arbeitsrechtlichen Regelungen ist eine

---

<sup>10</sup> Lohn- und Lohnnebenkosten Georgien, Germany Trade and Invest Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing mbH, Oktober 2013, S. 5.

<sup>11</sup> [www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+WQ+E-2011-007338+0+DOC+XML+V0//DE](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+WQ+E-2011-007338+0+DOC+XML+V0//DE) (15.03.2015).

<sup>12</sup> Vgl. The survey of worker's rights in Georgia - Tbilisi 2014; Friedrich Ebert Stiftung, Georgian Trade Unions Confederation

Herausforderung der Gewerkschaften und mithin für die ganze Zivilgesellschaft. Als unzureichend geregelte Bereiche gelten nach wie vor Arbeitsschutz und -sicherheit und die Arbeitsinspektion.

### **Arbeitsinspektion**

Seit 2013 wird im georgischen Parlament ein Gesetzentwurf über die Regelung der Arbeitsaufsicht vorbereitet. Ein erster Entwurf des Gesetzes wurde in Einklang mit internationalen arbeitsrechtlichen Normen gebracht. Die Erforderlichkeit der Schaffung einer solchen effektiven Behörde haben die Fälle gezeigt, in denen wegen der schlechten Sicherheitsbedingungen der Arbeitnehmer zu Todesfällen kam. Die Arbeitsaufsicht wurde im Jahr 2006 mit dem Argument abgeschafft, dass niedrige umweltrechtliche sowie arbeitsrechtliche Standards Georgien zu einem attraktiven Wirtschaftsstandort machen würden. Allein die Anzahl von Unfällen am Arbeitsplatz mit tödlichem Ausgang hat zwischen 2006 und 2012 infolge mangelhafter Arbeitsschutzbestimmungen und der 2006 aufgelösten Arbeitsaufsicht um mehr als 50% zugenommen.<sup>13</sup> Trotz dieser Ergebnisse wurden in weiteren Gesetzesfassungen die Aufgaben der Arbeitsinspektion geschwächt. Die heutige Diskussion in Georgien zwischen Gewerkschaften und der Regierung beschränkt sich auf die Einführung und Stärkung dieser Behörde.

Die Forderung nach der Schaffung der Arbeitsaufsichtsbehörde ging von den Gewerkschaften aus. Nach monatelangen Diskussionen über die Funktion und Effektivität der Arbeitsaufsicht und mehreren Fassungen des Gesetzesentwurfes wurde am 2. März 2015 durch die Verordnung N81 der georgischen Regierung im Bereich des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Gesundheit eine Abteilung über die Inspektion der Arbeitsbedingungen geschaffen. Die Aufgaben der Abteilung sind die Aufsicht der Arbeitssicherheit, die Erarbeitung von Empfehlungen über die Arbeitssicherheit, Diskriminierung am Arbeitsplatz und Prävention der Zwangsarbeit nur dann, wenn die zu kontrollierende Organisation damit einverstanden ist. Die Arbeitsinspektion verfügt laut der Verordnung nicht über die Befugnis, Sanktionen gegen die Organisation anzuwenden. Von repressiven Funktionen wird erst abgesehen. Nach der Meinung des Gesetzgebers wird die Schaffung einer solchen, effektiven Arbeitsaufsicht, ausgestattet mit repressiven Sanktionen, als Abschreckungsfaktor für die Wirtschaft wahrgenommen. Die Verordnung teilt damit die Meinung, dass die kollektive Arbeitsniederlegung den finanziellen Interessen schadet. Auch dann, wenn die Aufsichtsbehörde ein Unternehmen kontrollieren darf, also wenn eine Zusage seitens der Organisation vorliegt, kann die Behörde nur Empfehlungen für das Unternehmen schreiben, die rechtlich nicht verbindlich sind. Demzufolge wird die Idee der Schaffung einer unabhängigen

---

<sup>13</sup> Lohn- und Lohnnebenkosten Georgien, Germany Trade and Invest Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing mbH, Oktober 2013, S. 11.

effektiven Arbeitsinspektion damit untergegraben. Ohne einen Kontrollmechanismus wird die Existenz dieser Behörde in Frage gestellt. Somit sind die Normen des neureformierten Arbeitsgesetzbuches praktisch nicht vollstreckbar. Die Forderung der Schaffung der Arbeitsaufsicht, die erst aus der Nachbarschaftspolitik mit der EU und danach wegen des im Jahr 2014 unterschriebenen Assoziierungsabkommens aufgekommen war, blieb auf dem Papier. Gemäß Artikel 227 und 229 des Assoziierungsabkommens ist Georgien verpflichtet, internationale Arbeitsnormen in ihrer Gesetzgebung umzusetzen. Zu solchen Übereinkommen gehören die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und „Declaration on Fundamental Principles and Rights at Work“ mit ihren Prinzipien über die Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen, Beseitigung aller Formen der Zwangsarbeit und Beseitigung von Diskriminierung bei Anstellung und Beschäftigung. Außerdem wird durch den Artikel 235 des Assoziierungsabkommens untersagt, durch die Schwächung der arbeits- und umweltrechtlichen Normen eine Wirtschaftspolitik zu betreiben, die auf die Gewinnung von Investoren abzielt. Die bisherige Reform des Arbeitsgesetzbuches ist mithin wegen des Mangels der Vollstreckungsmechanismen der Arbeitsaufsicht nicht effektiv.

### **Streik- und Gründungsrecht der Gewerkschaften**

Infolge einer neoliberalen Wirtschaftspolitik der letzten Regierung und des Rückzugs des Mitbestimmungsrechts der Gewerkschaften bei der arbeitsrechtlichen Themen wurden hohe Hürden für die Gründung neuer Gewerkschaftsorganisationen (Mindestmitgliederzahl: 100) eingeführt. Die Mindestmitgliederzahl wurde inzwischen auf 50 gesunken, aber für die georgischen Arbeitsmarktverhältnisse bleibt die Zahl trotzdem hoch.

Das Streikrecht wird durch das obligatorische und langwierige Vermittlungsverfahren gekennzeichnet. In einem Konfliktfall tritt das Recht auf Streik erst dann in Kraft, wenn nach der schriftlichen Ankündigung über die Ernennung eines Vermittlers (Mediator) von dem Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit 21 Kalendertage abgelaufen sind (Artikel 49). Problematisch ist die Regelung des Artikels 51 (2), wonach das Streikrecht eingeschränkt werden darf, wenn die Beschäftigten Tätigkeiten ausüben, die mit der Sicherheit von Menschenleben und Gesundheit zusammenhängen oder die aus technischen Gründen nicht unterbrochen werden können. Am 6. Dezember 2013 wurde von der georgischen Regierung eine Verordnung erlassen, die die Gruppe von Beschäftigten und die Liste der „wesentlichen Dienste“ definiert, in denen Streiks untersagt oder stark eingeschränkt werden. In dieser Liste sind Rettungsdienste, Feuerwehren, polizeiliche Rettung, Energie-, Gas-, Öl- und Telekommunikationssektor, Beschäftigte in der Wasserversorgung, des Innen- und Verteidigungsministeriums, der Judikative erwähnt. Die Regelung weist verfassungsrechtliche Probleme auf und muss als unverhältnismäßig bewertet werden.

## **Fazit**

Durch die Änderungen des georgischen Arbeitsgesetzbuches wurden Mindestvorschriften erlassen, die für die gewerkschaftliche Arbeit bessere Bedingungen geschaffen haben. Jeder hat das Recht, Gewerkschaften zu gründen und ihnen beizutreten (Artikel 26; das georgische Gesetz über die Gewerkschaften). Das Arbeitsgesetzbuch untersagt die gewerkschaftsfeindliche Diskriminierung, enthält aber keine angemessenen Schutzmechanismen. Es fehlt an einer vollständigen Reform, um die gewerkschaftsfeindliche Diskriminierung effektiv zu bekämpfen. Obwohl dies durch die georgische Gesetzgebung verboten ist, wenden die Gerichte diese Bestimmungen nicht an. Gewerkschaftszugehörigkeit darf kein Grund für die Entlassung sein und Gewerkschaftsmitglieder müssen dementsprechend besser geschützt werden.

Die Diskussion über die Arbeitsinspektion hat gezeigt, dass es immer noch keinen politischen Willen gibt, der die Schaffung einer effektiven Aufsichtsbehörde ermöglichen würde. Um prekäre Beschäftigung zurückzudrängen, wäre eine solche Maßnahme sehr erfolgreich.

Nach dem Übergang vom Sozialismus zur sozialen Marktwirtschaft gelten die georgische Gewerkschaften als junge Organisationen, deren gewerkschaftliche Unabhängigkeit gefährdet ist. Weiterhin werden gelbe Gewerkschaften gebildet und Beschäftigten sind verpflichtet, monatliche Mitgliedsbeiträge an diese Gewerkschaft zu entrichten, was zur Instrumentalisierung der Gewerkschaften dient.

Neben der Gesetzgebungsreform ist die Schaffung der Arbeitsmarktinstitutionen (Arbeitsaufsicht, Lebensmittelaufsicht) von großer Bedeutung. Die Statistik von Todesfällen, die durch die schlechten Sicherheitsbedingungen am Arbeitsplatz verursacht wurden, ist besorgniserregend.

Vor diesem Hintergrund ist die Stärkung der Gewerkschaften und ihrer Aktivitäten für die Zivilgesellschaft in Georgien von zentraler Bedeutung, denn die gewerkschaftliche Interessenvertretung zum Kernstück der sozialen Demokratie gehört.

## **Autor**

***Davit Chikhladze, LL.M.*** ist Jurist und Doktorand an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er promoviert über die Europäisierung des Umweltstrafrechts in Georgien und Deutschland. Im Jahr 2014 hat Davit Chikhladze die dritte deutsch-kaukasische Sommerschule „Europäisches Strafrecht“ koordiniert. Sie wurde gefördert vom DAAD und vom Auswärtigen Amt und organisiert von der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin und dem Verfassungsgericht Georgiens. Unter dem Stichwort



*„Frieden durch Recht“ ermöglichte das Projekt einen Austausch zwischen den deutschen Erfahrungen mit grenzüberschreitender Normierung und den kaukasischen Erfahrungen bei der Konfliktlösung. Ebenso förderte sie einen innerkaukasischen Dialog der Teilnehmer aus den drei Kaukasusstaaten. Seine bisherigen Publikationen befassen sich u. a. mit strafrechtlichen und kriminalpolitischen Themen, daneben hat er aber auch Arbeiten zur kriminologischen Analyse der Pirateriebekämpfung und zu aktuellen Fragen des Europäischen Strafrechts veröffentlicht.“*

**Kontakt:** [chikhladze@rewi.hu-berlin.de](mailto:chikhladze@rewi.hu-berlin.de)

**Weitere Informationen:** [www.rewi.hu-berlin.de](http://www.rewi.hu-berlin.de)

**Redaktion:**

*BBE Europa-Nachrichten – Newsletter für Engagement und Partizipation in Europa*

*Bundenetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)*

*- Geschäftsstelle -*

*Michaelkirchstr. 17-18*

*10179 Berlin-Mitte*

*+49 (0) 30 6 29 80-11 4*

*europa-bbe(at)b-b-e.de*

*[www.b-b-e.de](http://www.b-b-e.de)*